



Aktion für eine unabhängige
und neutrale Schweiz
Action pour une Suisse
indépendante et neutre
Azione per una Svizzera
neutrale e indipendente

Juli 2006

Über 46 000 Mitglieder

Mitteilungsblatt für die Mitglieder der AUNS.
Erscheint sechsmal jährlich. –
Rickli + Wyss AG, Bern

Grauer Brief 112

Zum Hineinleuchten in die Grauzonen schweizerischer Aussenpolitik

Präsident:
Nationalrat Dr. Pirmin Schwander
Vizepräsidenten:
Jean-Dominique Cipolla, Notar
Nationalrat Luzi Stamm
Rudolf Syz, Unternehmer

Adresse Geschäftsstelle:
AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31
e-Mail: auns@auns.ch
Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28

PC-Konto: 30-10011-5

Zum 1. August 2006

Liebe AUNS-Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Freiheit heisst Verantwortung

Die kantonale Steuerhoheit habe eine diskriminierende Wirkung, und wer vom europäischen Markt profitieren wolle, dürfe dies nicht zulassen. So lauten die drohenden Druckversuche aus Brüssel. Unter dem Deckmantel der politischen Korrektheit sollen nun die Kantone entmündigt werden. Moral auf Befehl. Aber auf wessen Befehl? Und um welche Moral geht es? Mussten unsere Vorfahren ihre Freiheit nicht gerade von den Steuervögten erkämpfen?

In der Präambel unserer Bundesverfassung nehmen Freiheit und Verantwortung eine zentrale Rolle ein. Der Bund soll erneuert werden, um Freiheit und Demokratie zu stärken. Die erste Aufgabe des demokratischen Staates ist es, die Freiheit des Einzelnen zu garantieren und zu schützen. Dieser Schutz ist gewährleistet, je einfacher die Gesetze sind und je weniger es davon gibt. Natürlich kann nicht jeder machen, was er will. Freiheit, das ist Handlungsfreiheit, das ist Gestaltungsfreiheit, das ist Willensfreiheit. Deshalb liegt in dieser Art von Freiheit eine grosse Verantwortung für den Einzelnen. Oft wird Gestaltungs- und Willensfreiheit verwechselt mit Selbstbestimmung. Letzterer sind Grenzen gesetzt. Denn niemand kommt mit natürlichen Abwehrkräften gegen Machtgier, Habsucht, Korruption und gegen die vielen Verlockungen der materialistischen Gesellschaft zur Welt.

Wer nun aber glaubt, nur der Einzelne, nicht aber der Staat unterliege solchen Verlockungen, ist wahrscheinlich bereits Opfer einer Frischzellenkur geworden. Die moralische Vormundschaft, mit welcher sich der Staat heute anmass, die Gesellschaft zu zähmen und die Kräfte des Einzelnen zu bändigen, hat die Grenzen der Zuständigkeit bereits massiv überschritten. Mit übertriebener Fürsorgepolitik wird das Volk ruhig gestellt und dabei ein Schuldenberg angehäuft, der künftige Generationen unter sich begräbt. Wer an die Verantwortung unseren Nachkommen gegenüber erinnert und diese ernst nimmt, wird schnell einmal mundtot gemacht mit dem moralischen Gebot der sozialen Gerechtigkeit.

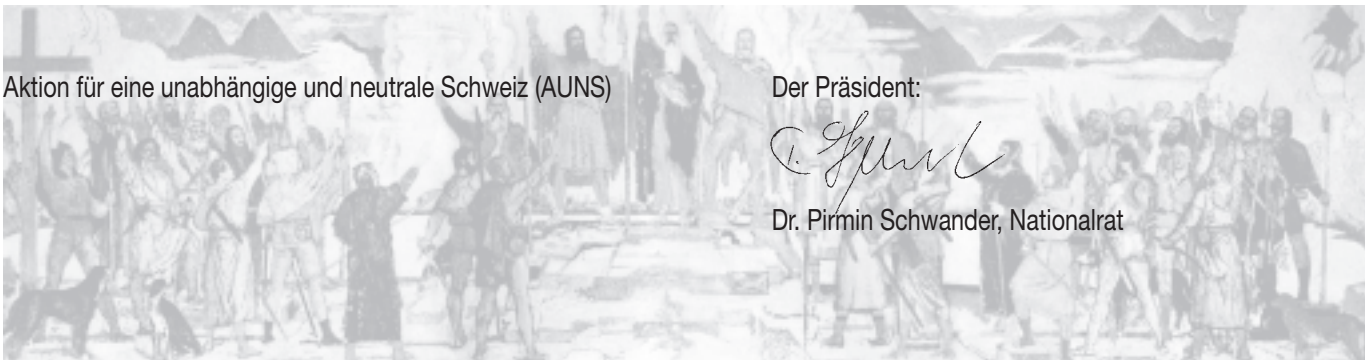
Die Schweiz baut auf Freiheit und Verantwortung. An diese zu erinnern, ist nicht einfach Nostalgie oder ein 1. August-Ritual. Sie sind unser Fundament, welches die Einheit in der Vielfalt garantiert. Die Erinnerung daran darf am 1. August nicht fehlen.

Danach zu handeln und zu leben ist unsere ständige Pflicht. Unsere kulturelle Vielfalt muss gelebt und nicht verheimlicht werden. Wir wissen, wer wir sind, was wir können und was wir dürfen. Wir brauchen auch in Steuerfragen nicht die harmonisierte Abhängigkeit von Brüssel. Auf das, was unsere Identität begründet, können und dürfen wir stolz sein. Unsere Tradition der Freiheit ist unsere Stärke. Bauen wir weiter daran.

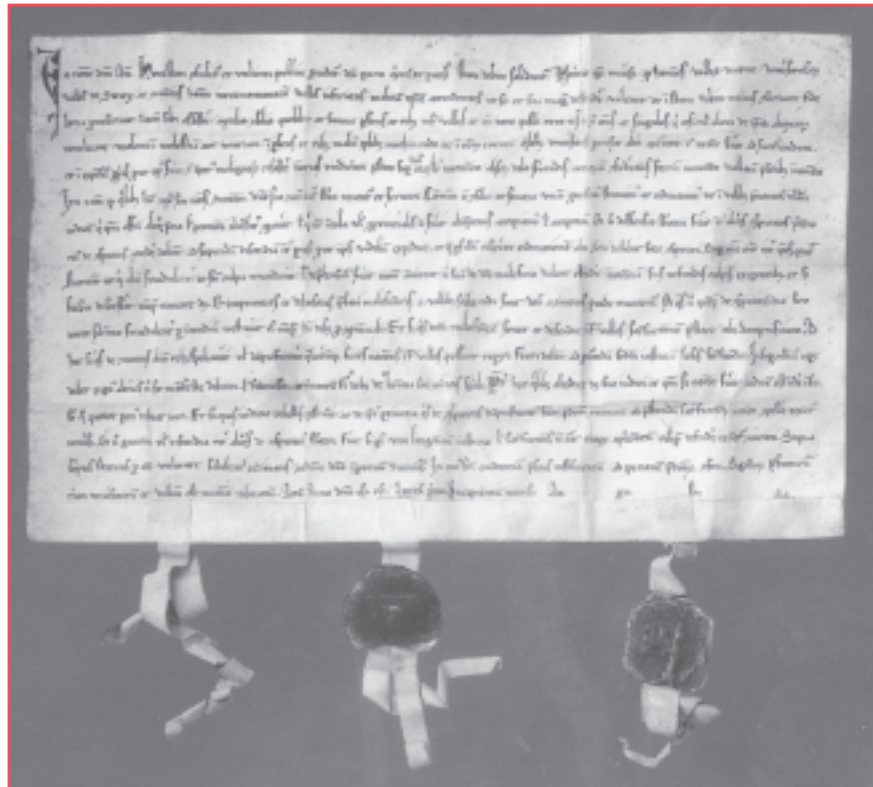
Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

Der Präsident:

Dr. Pirmin Schwander, Nationalrat



Rüttschwur und Bundesbrief von 1291



In Gottes Namen. Das öffentliche Ansehen und Wohl erfordert, dass Friedensordnungen dauernde Geltung gegeben werde. — Darum haben alle Leute der Talschaft Uri, die Gesamtheit des Tales Schwyz und die Gemeinde der Leute der unteren Talschaft von Unterwalden im Hinblick auf die Arglist der Zeit zu ihrem besseren Schutz und zu ihrer Erhaltung einander Beistand, Rat und Förderung mit Leib und Gut innerhalb ihrer Täler und ausserhalb nach ihrem ganzen Vermögen zugesagt gegen alle und jeden, die ihnen oder jemand aus ihnen Gewalt oder Unrecht an Leib oder Gut antun. — Und auf jeden Fall hat jede Gemeinde der andern Beistand auf eigene Kosten zur Abwehr und Vergeltung von böswilligem Angriff und Unrecht eidlich gelobt in Erneuerung des alten, eidlich bekräftigten Bundes, — jedoch in der Weise, dass jeder nach seinem Stand seinem Herren geziemend dienen soll. — Wir haben auch einhellig gelobt und festgesetzt, dass wir in den Tälern durchaus keinen Rich-

ter, der das Amt irgendwie um Geld oder Geldeswert erworben hat oder nicht unser Einwohner oder Landmann ist, annehmen sollen. — Entsteht Streit unter Eidgenossen, so sollen die Einsichtigsten unter ihnen vermitteln und dem Teil, der den Spruch zurückweist, die anderen entgegentreten. — Vor allem ist bestimmt, dass, wer einen andern böswillig, ohne Schuld, tötet, wenn er nicht seine Unschuld erweisen kann, darum sein Leben verlieren soll und, falls er entwichen ist, niemals zurückkehren darf. Wer ihn aufnimmt und schützt, ist aus dem Land zu verweisen, bis ihn die Eidgenossen zurückrufen. — Schädigt einer einen Eidgenossen durch Brand, so darf er nimmermehr als Landmann geachtet werden, und wer ihn in den Tälern hegt und schützt, ist dem Geschädigten ersatzpflichtig. — Wer einen der Eidgenossen beraubt oder irgendwie schädigt, dessen Gut in den Tälern soll für den Schadenersatz haften. — Niemand soll einen andern, ausser einen anerkannten Schuldner oder Bürgen,

pfänden und auch dann nur mit Erlaubnis seines Richters. — Im übrigen soll jeder seinem Richter gehorchen und, wo nötig, den Richter im Tal, vor dem er zu antworten hat, bezeichnen. — Gehorcht einer dem Gericht nicht und es kommt ein Eidgenosse dadurch zu Schaden, so habe alle andern jenen zur Genugtuung anzuhalten. — Entsteht Krieg oder Zwietracht zwischen Eidgenossen und will ein Teil sich dem Rechtspruch oder der Gutmachung entziehen, so sind die Eidgenossen gehalten, den andern zu schützen. — Diese Ordnungen sollen, so Gott will, dauernden Bestand haben.

Zu Urkund dessen ist auf Verlangen der Vorgenannten diese Urkunde gefertigt und mit den Siegeln der drei vorgenannten Gemeinden und Täler bekräftigt worden. Geschehen im Jahre des Herrn 1291 zu Anfang des Monats August.

(Quelle: Quellenwerk zur Entstehung der Schweizerischen Eidgenossenschaft Abt. 1, Urkunden Bd. 1, Aarau 1933.)

20 Jahre AUNS

AUNS präsentiert Europabericht

Die AUNS hat am 19. Juni 2006, genau 20 Jahre nach ihrer Gründung, an einer Pressekonferenz ihren eigenen Europabericht präsentiert. Sie kam damit dem Bundesrat zuvor, der seinen Bericht schon vor längerer Zeit auf den Sommer angekündigt hatte.

Die AUNS will ihren Europabericht als Taschenbuch herausgeben und eine Kurzfassung in alle Schweizer Haushaltungen streuen.

Der rund 50-seitige, sehr informative AUNS-Europabericht mit zahlreichen aktuellen Tabellen über politische und wirtschaftliche Daten vergleicht zunächst das Wesen und die politischen Strukturen der EU und der Schweiz.

Fazit: Die intellektuelle Fehlkonstruktion EU, bei der niemand weiss, wohin der Weg gehen soll, und die historisch

gewachsenen Strukturen der demokratischen Schweiz sind einander völlig wesensfremd.

Handlungsfreiheit wahren

Von den fünf detailliert aufgezeigten «europapolitischen Optionen» – bilateraler Weg, EWR, «Beitritt light», bilaterale Rahmenabkommen, EU-Beitritt – kommt gemäss AUNS-Bilanz nur der bilaterale Weg in Frage. Alle andern Wege sind Illusion oder führen zwangsläufig zum Vollbeitritt, der mit gravierenden Folgen für unsere Volksrechte und für unseren Wohlstand verbunden ist.

Der AUNS-Bericht kommt zudem zum Schluss, dass die Schweiz nur erfolgreich bleiben kann, wenn sie ihre hochmodernen und weltweit einzigartigen politischen Strukturen und ihre Handlungsfreiheit wahrt.

Die AUNS als überparteiliche Lobby für die Unabhängigkeit und die Neutralität der Schweiz habe in ihren ersten 20 Jahren viele Kämpfe ausgefochten und ihren Kernauftrag, die Abwendung eines EU-Beitritts, erfüllt, betonte Nationalrat Hans Fehr. Weil die meisten Parteien (vor den Wahlen etwas leiser), die Mehrheit des Bundesrates, Intellektuelle, Kulturschaffende, gewerkschaftliche Kreise, Medienkonzerne, aber auch Managerkreise (je nach Konjunkturlage) einen Beitritt, zumindest etappenweise, forcierten, bleibe der Kernauftrag der AUNS für die nächsten 20 Jahre derselbe. Der Europabericht sei ein Meilenstein auf diesem Weg.

«Die intellektuelle Fehlkonstruktion EU und die historisch gewachsenen Strukturen der Schweiz sind einander völlig wesensfremd.»

Nationalrat Luzi Stamm ortete einen **zwanghaften Anpassungsdrang** und den systematischen Abbau von «Beitrittschürden» als massgebende Strategie in Bundesbern. In diesem Sinn habe Bundesrat Deiss den EU-Beitritt bei seiner Abschiedsrede am 14. Juni vor dem Parlament als «unvermeidlich» bezeichnet.

Geschäftsführer Stv. Werner Gartenmann nannte bei der detaillierten Präsentation der europapolitischen Optionen insbesondere die gravierenden Nachteile eines EU-Beitritts für unser Land: **massiver Abbau der Volks-**

rechte, Preisgabe der Neutralität, Verlust der wirtschaftspolitischen Handlungsfreiheit, Verdoppelung der Mehrwertsteuer, jährliche Milliardenzahlungen, Verlust des Schweizer Frankens und der Währungsautonomie, enorme Zinsbelastung, höhere Mieten, höhere Arbeitslosigkeit, weniger Wohlstand.

Vizepräsident Rudolf Syz warnte eindringlich vor dem Verlust unserer wirtschaftlichen Stärken und nannte insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit, den Zinsvorteil, die tiefe Inflation, die günstige Mehrwertsteuer, das hohe Lohnniveau und die tiefe Arbeitslosigkeit.

Zukunft braucht Vielfalt

AUNS-Präsident Pirmin Schwander betonte, der EU beizutreten sei nicht im Interesse der Schweiz. Unsere Zukunft liege in der Vielfalt, nicht in der Gleichmacherei; das gelte auch für Europa.

Die AUNS wolle weiterhin die politische Unabhängigkeit und

die Handlungsfreiheit unseres Landes wahren und der Wirtschaft auf dieser Grundlage längere Spiesse verschaffen.

Die Vorbereitungen für die beschlossene Volksinitiative, welche die institutionelle Einbindung in internationale Organisationen verhindern soll, sind laut Schwander weit fortgeschritten. Zudem wird die AUNS am Samstag, 28. Oktober 2006, zum 20-jährigen Jubiläum eine Grossveranstaltung mit Bundesrat Christoph Blocher durchführen.

Unterstützen Sie die Postverteilung des AUNS-Europaberichts!

Der EU-Beitritt bleibt das aussenpolitische Ziel des Bundesrates, der Verwaltung und anderer Anpasserkreise. Der kürzlich veröffentlichte Europabericht des Bundesrates beweist es. Ungeachtet der Volksentscheide arbeitet man mit Hochtouren an der schrittweisen EU-Einbindung der Schweiz!

Die AUNS will die einseitige EU-Propaganda aus Bundesbern durchbrechen.

Wir wollen unseren Bericht über die «Varianten der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU» breit streuen, damit sich die Bürgerinnen und Bürger selber eine Meinung bilden können.

Deshalb planen wir die Postverteilung der Broschüre in der ganzen Schweiz mit Gesamtkosten von rund 800 000 Franken. Mit Ihrer grosszügigen Spende helfen Sie mit, das Projekt zu realisieren. Einzahlungsschein liegt bei.

Wirtschaftsstandort Schweiz

Positive Entwicklung

Geldpolitische Lagebeurteilung zur Jahresmitte der Schweizerischen Nationalbank:

«Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft weiterhin positiv. Der Konjunkturverlauf hat an Breite und Tiefe gewonnen und wirkt sich zunehmend günstig auf den Arbeitsmarkt aus. Für das Jahr 2006 geht die Nationalbank neu von einem BIP*-Wachstum von gut 2,5 % aus. Trotz der jüngsten Entwicklung des Erdölpreises ist die Teuerung mässig geblieben. Im Jahresdurchschnitt rechnet die Nationalbank mit einer Inflation von 1,2 %.»

[Quelle: www.snb.ch, Medienmitteilung vom 15.06.2006]

Kräftiges Wachstum

Das reale Bruttoinlandprodukt (BIP)* der Schweiz nahm im 1. Quartal 2006 im Vergleich zum Vorquartal um 0,9 % zu. Verglichen mit dem entsprechenden Vorjahresquartal stieg das reale BIP im 1. Quartal 2006 um 3,5 %.

Der **private Konsum** vermochte im 1. Quartal die positive Konjunktorentwicklung massgeblich mitzutragen (+0,6 %).

Die **Gesamtinvestitionen** expandierten um 0,7 %. Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen stark zu (+3,7 %; vor allem die Bereiche Fahrzeuge, medizinische Geräte, Metall und Maschinen legten zu).

Das Wachstum der Exporte von Waren und Dienstleistungen beschleunigte sich deutlich (+4,3 %). Hierfür waren vor allem die Ausfuhren von Waren verantwortlich, die um 5,8 % expandierten, während die Dienstleistungsexporte mit +0,4 % langsamer zulegten.

[Quelle: www.seco.admin.ch, Medienmitteilung vom 01.06.2006]

* Das BIP (Bruttoinlandprodukt) ist ein Mass für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft im Laufe eines Jahres.

Arbeitslosigkeit sinkt

Gemäss den Erhebungen des Staatssekretariates für Wirtschaft (SECO) waren Ende Mai 2006 129 486 Arbeitslose eingeschrieben, 6874 weniger als im Vormonat. Die Arbeitslosenquote sank damit von 3,5 % im April 2006 auf 3,3 % im Berichtsmonat. Es wurden insgesamt 196 638 Stellensuchende registriert, 7678 weniger als im Vormonat.

Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen erhöhte sich um 1482 auf 12 370 Stellen.

[Quelle: www.seco.admin.ch, Medienmitteilung vom 08.06.2006]

Positive Fremdenverkehrsbilanz 2005

Gemäss Schätzungen des Bundesamtes für Statistik (BFS) gaben die ausländischen Gäste (inklusive Kurzurlaub) im Jahr 2005 in der Schweiz 13,7 Milliarden Franken aus, 621 Millionen mehr als ein Jahr zuvor (+4,7 %). Mit einem Anteil von knapp über zwei Dritteln der Gesamteinnahmen stellte bei den ausländischen Gästen der Fremdenverkehr mit Übernachtungen 2005 erneut die grösste Einnahmequelle dar. Dabei gaben die Besucher der Hotels, Pensionen, Ferienwohnungen, Zeltplätze, Gruppenunterkünfte, Jugendherbergen und der Parahotellerie (Ferienwohnungen, Zeltplätze, Gruppenunterkünfte, Jugendherbergen und Parahotellerie) in der Schweiz insgesamt 6,9 Milliarden Franken aus (+393 Mio./+6,0 %). Die Einnahmen aus dem Tages- und Transitverkehr sowie dem übrigen Fremdenverkehr beliefen sich auf 6,8 Milliarden Franken (45 %), gefolgt von den Nebenausgaben (30 %) und der Verpflegung (25 %).

AUNS-Standpunkt: Das Gejammer, Schengen sei für den Tourismus existenziell, ist klar widerlegt. Die Einnahmen aus dem Tages- und Transitverkehr sowie dem übrigen Fremdenverkehr beliefen sich auf 6,8 Milliarden Franken (45 %), gefolgt von den Nebenausgaben (30 %) und der Verpflegung (25 %).

[Quelle: www.statistik.admin.ch, Medienmitteilung vom 08.06.2006]

Steuerung unserer Volkswirtschaft an Frankfurt und Brüssel abgeben.

Eigenständige Nationalbank!

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) führt eine erfolgreiche Geldpolitik. Insbesondere gelingt es ihr, die Teuerung (Inflation) im Griff zu halten. Damit beweist die Nationalbank, dass sie in der Lage ist, zu Gunsten der Schweizer Volkswirtschaft und unserer Arbeitsplätze eine von der Europäischen Zentralbank selbständige Geldpolitik zu betreiben. Dazu stellt Philipp M. Hildebrand, Mitglied des Direktoriums SNB, am 1. Juni 2006 anlässlich eines Referates fest: «... Mit dieser geldpolitischen Anpassung gelang es der SNB, die Inflation unter der kritischen Marke von 2 % zu halten. Gleichzeitig war sie dadurch in der Lage, ihre Bereitschaft und Fähigkeit unter Beweis zu



Die EU in der Krise

EU-Verfassung wohin?

Die Staats- und Regierungschefs gaben sich redlich Mühe, am Ende ihres zweitägigen Gipfels am Freitag (16.06.2006) in Brüssel Optimismus zu verbreiten, dass sie die totgesagte Verfassung für die Europäische Union wieder beleben können. Irgendwann **nach den Wahlen** in den verfassungskritischen Mitgliedsstaaten Niederlande und Frankreich im Mai 2007. Nur wie der Verfassungsvertrag so verändert, ergänzt oder entschlackt werden kann, dass ihn alle 27 Mitgliedsstaaten (inklusive Bulgarien und Rumänien) ratifizieren könnten, blieb das Geheimnis der Gipfelteilnehmer. **Das liegt daran, dass die Staatenlenker selbst nicht wissen, wo sie hinsteuern sollen.** Die Chefin des grössten Mitgliedlandes, **Bundeskanzlerin Angela Merkel**, die zur neuen europäischen Lichtgestalt stilisiert wird, will den Text der Verfassung nicht verändern. **Frankreich** möchte nur Teile der Verfassung in Kraft setzen. **Luxemburg** plädiert für ein Kerneuropa, in dem Staatengruppen in einigen Politikbereichen verstärkt zusammenarbeiten. Der EU-Kommissionspräsident möchte beides: Verfassung irgendwann ratifizieren und vorher die Zusammenarbeit so verstärken, als ob es die Verfassung schon

geben würde. Belgien möchte die Vereinigten Staaten von Europa. Den **britischen Premier Tony Blair** interessiert die Verfassung nicht mehr. Er wird aus dem Amt scheidet, bevor ihr weiteres Schicksal bestimmt wird.

Die Regierung in **Polen** hat ebenfalls kein grosses Interesse an der Verfassung, denn die Zustimmung der europaskeptischen Polen in einer Volksabstimmung ist höchst fraglich.

Zieht man heute nach einem Jahr des Nachdenkens realistisch Bilanz, muss man feststellen: Das Projekt Verfassung war zu ambitioniert. Man sollte es endgültig begraben und auf das Machbare konzentrieren.

Bernd Riegert

[Auszug aus einem Kommentar in Deutsche Welle, 16.06.2006]

Absurde EU-Hilfe

(Auszug aus einem Artikel im DER SPIEGEL Nr. 25 vom 19.06.2006)

Als einziges Gebiet in Westdeutschland soll der reiche Hamburger Speckgürtel mit EU-Millionen gefördert werden – dank einer fragwürdigen Statistik. Geld für den weiteren Ausbau der boomenden Stadt Lüneburg dürfte bald im Übermass da sein, dank der absurden Förderpolitik der EU.

Ausgerechnet Lüneburg ist nämlich das Zentrum einer Gegend, die Brüsseler Bürokraten nun als besonders bedürftig eingestuft haben. Und deshalb soll sie als einzige Region Westdeutschlands bald mit einer Art Entwicklungshilfe aufgepäppelt werden. Fast 900 Millionen Euro als so genannte Strukturförderung haben die EU-Beamten schon bewilligt. Grund für den Geldsegen ist eine ebenso komplizierte wie seltsame Berechnung des europäischen Statistikamts Eurostat: Die Luxemburger Zahlenjongleure haben in den 25 EU-Mitgliedstaaten das Bruttoinlandprodukt für 254 Regionen ermittelt, um Auskunft über die Wirtschaftskraft zu erhalten. Das Ergebnis wurde durch die Anzahl

der Einwohner in den Regionen geteilt und mit dem EU-Durchschnitt ins Verhältnis gesetzt. Landstriche, die weniger als 75 Prozent des Schnitts erreichen, gelten als rückständig und werden als «Ziel 1-Gebiete» gefördert.

Das theoretische Verfahren hat in der Praxis allerdings Tücken: Nach dieser Methode lag der Raum Lüneburg zwischen 2000 und 2002 zwar tatsächlich gerade eben unterhalb der Fördergrenze. Jeden Morgen aber fahren aus dem Speckgürtel Tausende Menschen zur Arbeit nach Hamburg oder Bremen. Deren Wirtschaftsleistung wird am Arbeitsort ermittelt – in der Einwohnerwertung aber zählen sie zur Wohnsitz-Kommune. **So drückt selbst ein grandios verdienender Pendler im Porsche den Schnitt, als würde er von Hartz IV leben.** Damit wird das Umland statistisch **armgerechnet**, obwohl die Pendler ihre Steuern natürlich an ihrem Wohnsitz zahlen.

Wegen dieses Effekts halten viele Statistiker die EU-Rechnung für **Unfug**. Nimmt man das Einkommen der Bevölkerung als Massstab, ist die Region Lüneburg deutscher Durchschnitt und gehört damit zu den wohlhabendsten der EU.

Der Fall Lüneburg sei «das Symbol» einer verfehlten Politik, sagt auch Franz-Josef Bade, Professor für Raumplanung an der Universität Dortmund. Die Speckgürtel der Großstädte mit Hilfsmillionen zu päppeln, die letztlich aus Steuergeldern stammen, stelle den Sinn der Strukturförderung in Frage: **«Statt Benachteiligung abzubauen, wird sie verstärkt. Hier sieht der Bürger: Das kommt heraus, wenn Brüssel sich vor Ort einmischet.»**

In der EU-Kommission allerdings gibt es wenig Verständnis für die Kritik und das Gezänk der Deutschen. Die angefeindete Berechnungsmethode jedenfalls werde seit Jahren angewandt, habe sich also offenbar «bewährt».

AUNS-Standpunkt: *Wollen wir für die absurde EU-Subventionsmaschine der Brüsseler Bürokraten jährlich mehrere Milliarden Franken abliefern?*

enthalter) im
en der Reise-
Hotel- und Kur-
Übernachtun-
%). Der grösste
Ausgaben für
2005 auf 3,3 Milli-
teilung vom 29.06.2006]

Die schweizerische Nationalbank ist in der Lage, gegenüber der Europäischen Zentralbank eine eigenständige Geldpolitik zu verfolgen.



Aus «Bundesbern»

Was uns Erfolg bringt

Bundesrat Christoph Blocher sprach sich an der Generalversammlung der Schweizerischen Zementindustrie cemsuisse vom 19. Juni 2006 für vermehrtes unternehmerisches Handeln in der Politik aus: «Das schweizerische Erfolgsmodell basiert auf einem massvollen Staat mit freier, prosperierender Wirtschaft. Es gibt keinen vernünftigen Grund, davon abzuweichen! Wir sind uns bloss in den letzten 20 Jahren untreu geworden.

Wir sollten uns wieder auf unser liberales Erbe besinnen: Auf Fleiss und Eigenverantwortung, Wettbewerb und offene Märkte, freie Preisbildung und stabile Geldpolitik, auf Privateigentum statt Umverteilung und mehr Freiheit und weniger Staat!

Ich sagte Ihnen dies früher als Unternehmer und als Parlamentarier. Diese Überzeugung hat sich bei mir noch verstärkt, seit ich im Bundesrat bin.»

«Une adhésion à l'UE est inéluctable»

«Ein Beitritt zur Europäischen Union ist unausweichlich!» dozierte der zurückgetretene Bundesrat Joseph Deiss in seiner Abschiedsrede vor der Vereinigten Bundesversammlung am 14. Juni 2006. Damit gab er die Mehrheitsmeinung im Bundesrat preis: Man will in die EU.

Ausländeranteil wächst

Ende April 2006 betrug die ständige ausländische Wohnbevölkerung aus EU-25/EFTA-Ländern 893 990 Personen, das sind 2,3 % mehr als Ende April 2005. Das bilaterale Abkommen über den freien Personenverkehr mit der EU wirkt sich auf die Zusammensetzung der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz aus. Insgesamt lebten am

30. April 2006 1 517 499 Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz; das sind 20,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Am stärksten angestiegen ist vom 1. Mai 2005 bis 30. April 2006 die Zahl der Staatsangehörigen aus Deutschland (+ 13 345), Portugal (+ 7571) und Frankreich (+ 2307).

[Quelle: Bundesamt für Migration BFM, Medienmitteilung vom 13.06.2006]

Die 10 grössten Ausländeranteile in der Schweiz

	absolut	in %
Italien	295 083	19,4
Serbien und Montenegro	194 977	12,8
Portugal	170 385	11,2
Deutschland	161 564	10,6
Türkei	75 061	4,9
Spanien	70 699	4,7
Frankreich	69 668	4,6
Mazedonien	60 610	4,0
Bosnien-Herzegowina	42 887	2,8
Kroatien	40 187	2,6

Stärkste Zunahmen

Veränderung zum Vorjahr	
Deutschland	+ 13 345
Portugal	+ 7 571
Frankreich	+ 2 307
Grossbritannien	+ 952
Brasilien	+ 910

Referendum gegen Kohäsionsmilliarden eingereicht

Das Komitee «gegen die Milliardenzahlungen an die EU», unterstützt von der AUNS, hat das Referendum am 12. Juli 2006 mit rund 70 000 Unterschriften eingereicht. Das Schweizer Volk kann nun im November darüber abstimmen, ob es sich bei neuen Zahlungsforderungen ausschalten lässt und ein finanzielles Fass ohne Boden akzeptieren will.

Calmy-Rey fällt dem Bundesrat (einmal mehr) in den Rücken

Bundesrätin Calmy-Rey ist ihren Bundesratskollegen und dem Parlament durch ihre öffentliche Kritik am Asylgesetz schon wieder in den Rücken gefallen und hat das Kollegialitätsprinzip in gravierender Weise verletzt: Am SP-Parteitag vom 24. Juni hat sie – in tatsachenwidriger Weise – Stimmung gemacht mit der Behauptung, die «Formulierungen im Asylgesetz könnten dazu führen, dass echte Flüchtlinge ausgeschafft» werden.

[Tagesanzeiger, 26.06.06]

AUNS-Standpunkt: Wie lange ist eine solche Bundesrätin noch tragbar? Christoph Blochers lediglich indirekte Äusserungen zu Schengen wurden seinerzeit als schwerer Verstoß gegen die bundesrätliche Kollegialität angeprangert!

Skandalös!

In der Hauptausgabe der Tageschau auf SF 1 am 24.06.2006 kam ein Auszug aus der SP-Delegiertenversammlung. Bundesrätin Calmy-Rey liess sich darin zu einer Tirade gegen das neue Asyl- und Ausländergesetz hinreissen. Was sie sich da in Sachen öffentlicher Torpedierung des Bundesrates und des Parlaments erlaubt hat, ist unakzeptabel. Und es ist ein Skandal, wie sich SP-Bundesrätinnen gebärden: Die eine fliegt ins Ausland, bringt rechtswidrig Flüchtlinge mit in die Schweiz und greift als Alt-Bundesrätin in Abstimmungskämpfe ein. Die andere reist in der Welt herum, verspricht Millionen und Abermillionen von Franken, mischt sich «im Namen der Schweiz» in fremde Konflikte ein, macht unsere Neutralität kaputt und agiert gegen Bundesratsbeschlüsse.

H. Bühlmann, Schönenwerd

Neues Asyl- und Ausländergesetz

Asylgesetz: Missbräuche verhindern – echte Flüchtlinge aufnehmen!

Aktuelle Missstände:

- Rund 90 % der Asylbewerber sind keine Flüchtlinge.
- Gegen 80 % legen keine Reise- oder Identitätspapiere vor. (Wer die Papiere vernichtet und irgend eine «Geschichte» erfindet, kann nicht ausgeschafft werden.)
- Die Asylverfahren dauern oft viel zu lang. Das führt zu gewaltigen Kosten und fördert kriminelle Handlungen.

Die wichtigsten Massnahmen im neuen Gesetz:

1. Verschärfte Papiervorschrift

Auf Asylgesuche von Personen, die innert 48 Stunden keine Reise- oder Identitätspapiere vorlegen, wird nicht eingetreten.

Ausnahme: wenn glaubhafte Gründe für fehlende Papiere vorhanden sind, gibt es dennoch ein Verfahren. Jene

Kreise, die behaupten, ohne Papiere würde die Leute quasi ins Elend geschickt, sagen die Unwahrheit.

2. Bis 24 Monate Haft für ausreisepflichtige Personen

Die so genannte **Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft** (zur Sicherstellung eines schwebenden Ausschaffungsverfahrens) und die **Durchsetzungshaft** (ergänzt die Ausschaffungshaft, um die Mitwirkung der ausreisepflichtigen Person zu erreichen), werden ins-

gesamt auf **maximal 24 Monate** verlängert.

Begründung: Asylsuchende nehmen die Ausschaffungshaft in den komfortablen Schweizer Gefängnissen oft gerne in Kauf, weil sie nach heutigem Recht nach 9 Monaten entlassen wer-

den müssen. Die verlängerte Haft gibt den Vollzugsbehörden für die schwierigsten Fälle ein wirksames Mittel in die Hand, um deren wahre Identität abzuklären, damit die Wegweisung vollzogen werden kann. Die neuen Zwangsmassnahmen sind **völkerrechtskonform**.

3. Ausdehnung Nothilfe/Sozialhilfestopp

Personen mit einem negativen Asylentscheid, welche die Mitwirkung bei der Ausreise verweigern, erhalten anstelle der Sozialhilfe lediglich eine Nothilfe (Existenzminimum).

Bereits der Sozialhilfestopp, der seit dem 01.04.2004 bei Nichteintretensentscheiden gilt (wenn offensichtlich keine Asylgründe vorliegen), hat einen spürbaren Rückgang der Gesuche be-

wirkt. **Neu wird der Sozialhilfestopp auf alle Personen mit einem negativen Asylentscheid ausgedehnt.** Dies bringt einen weiteren Rückgang ungerichteter Gesuche.

4. Härtefall-Regelung durch Kantone

Anstelle der bisherigen vorläufigen Aufnahme (bei einer schwerwiegenden persönlichen Notlage und einem hängi-

gen Asylverfahren nach 4 Jahren) erhalten die Kantone neu die Möglichkeit, bei einem schwerwiegenden persön-

lichen **Härtefall** eine ordentliche Aufenthaltsbewilligung zu erteilen.

Ausländergesetz: Missbräuche verhindern – Einwanderung begrenzen

Das neue Gesetz begrenzt die Zulassung von ausländischen Arbeitskräften aus Staaten ausserhalb der EU auf Spezialisten, Führungskräfte und andere qualifizierte Arbeitskräfte.

Die verschärften **Zwangsmassnahmen** (Verlängerung der Haft bis 24 Monate) gelten auch für Ausländer aus-

serhalb des Asylbereichs, wenn es um illegalen Aufenthalt und um Straftäter geht.

Zudem bringt das Gesetz neue Massnahmen zur Missbrauchsbekämpfung:

- Verweigerung der Eheschliessung bei Scheinehen
- Erhöhte Strafandrohungen auch für Schlepper
- Die Täuschung der Behörden (z.B. Erschleichung eines Visums) wird neu zum Straftatbestand.
- Sanktionen gegen Flugunternehmer, die fahrlässig Personen transportieren.

Deshalb: 2x Ja am 24. September 2006!

Amerikanisches Lob für die Schweiz im Zweiten Weltkrieg

Bergier-Bericht scharf kritisiert

«Nach aller strategischen Logik hätte die Schweiz im Zweiten Weltkrieg den Nazis in den Schoss fallen müssen.» Mit diesem Satz lässt Stephen Halbrook, ein amerikanischer Autor, Historiker und emeritierter Philosophieprofessor, sein zweites Buch «Die bewaffnete Neutralität der Schweiz im Zweiten Weltkrieg» beginnen.

Warum die Schweiz unabhängig und unversehrt aus dem Krieg hervorging, führt Halbrook auf drei Hauptgründe zurück:

- Hitlers Russlandfeldzug beanspruchte gewaltige militärische und wirtschaftliche Kapazitäten. Den Deutschen fehlten die Mittel für die gleichzeitige Eroberung der Schweiz.

- Die schweizerische Politik der Abschreckung (hoher Eintrittspreis) beruhte auf einem einzigartigen Wehrsystem, als dessen Pfeiler Halbrook das **Milizsystem** sowie die vorbereiteten Sprengungen wichtiger Objekte bezeichnet.

- Drittens erachtet Halbrook den Reduit-Entscheid von General Guisan als genial, weil der Angreifer einen verlustreichen Infanteriekampf im Gebirge hätte führen müssen.

Vernichtend fällt Halbrooks Urteil über den Bergier-Bericht aus, den er als «nicht sachgerecht» verurteilt. Der Bericht konzentrierte sich einseitig auf

die wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz mit Nazideutschland, die für das Überleben des eingeschlossenen Landes unumgänglich gewesen seien. Halbrook spendet der Schweizer Aktivdienstgeneration, die bereit gewesen sei, bei einem Einmarsch der Nazideutschen ihr Leben zu opfern, grösste Anerkennung.

[gemäss NZZ, 24./25.06.06].

AUNS-Standpunkt: Nachdem die Bergier-Kommission die damalige Schweiz in den Dreck ziehen wollte, bringen ausländische Autoren die Wahrheit ans Licht!

Wir machen uns ein Geburtstagsgeschenk!

Wir feiern dieses Jahr den 20. Geburtstag unserer Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS). Mit viel Engagement haben wir den Kernauftrag «Kein EU-Beitritt der Schweiz» erfüllt. Damit wir weiterhin erfolgreich sind, wollen wir auch unseren Mitgliederbestand vergrössern. Deshalb machen wir uns im Jubiläumsjahr selber ein Geschenk: Jedes Mitglied, jeder Sympathisant wirbt für die AUNS ein neues Mitglied. Machen Sie mit! Benützen Sie die spezielle Jubiläumskarte in der Beilage. Vielen Dank.

AGENDA

Samstag, 28. Oktober 2006, ab 10.30 Uhr

Tell-Freilichtspiele, Interlaken

Jubiläumsveranstaltung «20 Jahre AUNS»
mit Ansprache von Bundesrat Christoph Blocher

Werden auch Sie Mitglied bei der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

Ich trete der AUNS bei als Mitglied (Ehepaar), Gönner oder Sympathisant.
Jahresbeiträge: Mitglieder Fr. 35.– (Ehepaare Fr. 50.–), Gönner Fr. 100.–, Sympathisanten nach freiem Ermessen.

- Senden Sie mir ausführliche Informationen über die AUNS.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Geworben durch: _____

Einsenden an: AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31
Telefon 031 356 27 27, Fax 031 356 27 28, PC-Konto 30-10011-5